

R. Seher u. Fran
Instituts-Tanzleh.
Stuttgart.
Oktbr., abds. 8 Uhr
Anmeldungen werden
entgegenommen.

n. Feldhasen,
s. Marder,
ren Felle
besten Preisen an.
Andorten gesucht
persönlich.

r. Pforzheim
Str. 52, Fernspr. 1501

terinnen
genommen
Unterreichenbach,
Oberschlesien.
ein:
eter Sigmund 10.—
nmlung des Säulthe-
Breitenberg 5, Pforz-
kollwangen 20, 2. Samm-
ch 23.—Mk., insgesam-
und Gewerbe: Frau R.
Frey-Ernst 10.—Mk.
w: Bahnmeister Reinfelder
blattes: N. N. 10, Juller
Kirchengemeinde Leinach
488, 2. Sammlung des
3, F. 10, 2. Sammlung in
Sammlung des Schul-
N. 5, A. R. 20.—Mk.,
sind die Spender von Calw
shmen entgegen
asse Calw
aiver Tagblattes.

Frankkuch & Co.
Zur
Kirchweih
empfehlen
frisch gebrannten
Kaffee
Kaffee
Zee
Kond. gezuckerte
Milch
Helvetia-
Marmeladen
offen und in Gläsern
gar. reinen
Bienenhonig
Rumföhonig
Frankkuch & Co.
G. m. b. H.



Nr. 238. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang

Veröffentlichungswise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Pf. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9. Mittwoch, den 12. Oktober 1921. Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Belegungspreis Mk. 12.50 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Spannung vor der Entscheidung.

Die obereschlesische Frage.

Zur Lage.

Die obereschlesische Frage ist noch immer eine Frage, leider. Die seitherigen Verhandlungen der Lösung — nach dem Abstimmungsresultat in Oberschlesien u. gemäß dem Versailler „Friedens“-Vertrag selbst die einfachste Sache der Welt — durch den Obersten Rat in Paris und den Völkerbundsrat in Genf bedeuten schon längst für Deutschland nichts Gutes. Die vier Berichterstatter, ein Belgier, ein Holländer, ein Chinese und ein Japaner, des Völkerbundsrats — Berichterstatter, ohne den Streitgegenstand, Oberschlesien, persönlich für die Entscheidung beauftragt zu haben, gelinde gesagt, eine Oberflächlichkeit, in Wahrheit ein Fervor! — diese Berichterstatter scheinen sich bis gestern selbst noch nicht einig gewesen zu sein. Ein „nichteuropäisches“ Mitglied — Nichteuropäer regeln heute die wichtigste Frage Europas — soll sogar mit seinem Austritt gedroht haben. Das Gutachten dieses Vierer-Rats wird der Völkerbundsrat wieder begutachten und zuletzt wird der Oberste Rat darüber entscheiden. Es bleibt ihm allein die letzte Verantwortung. Heute oder morgen sollte die Entscheidung in Genf, Paris und London fallen. Der Oberste Rat wachte bis gestern angeblich noch nichts von den Entwürfen und Vorentwürfen des Vierer-Rats. Zu glauben ist das kaum. Briands jüngste Rede deutete anderes an, und die, amtlich allerdings noch nicht befristete Ankündigung der Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen — so erfreulich dies wäre — die Aufhebung der Kontrollkommissionen, die Verminderung der Besatzungskosten, deuten auf eine Entscheidung in der obereschlesischen Frage gegen Deutschland. In letzterem Entgegenkommen hätten wir festzuweisen einen Trostpreis für den Verlust des größten Teils des obereschlesischen Industriegebietes zu sehen und — eine Stütze des Kabinetts Wirth. Auch von der Stundung der Reparationen hat man schon gehört. Sirenen, schlechte Vorzeichen! — In Berlin wird die Sachlage pessimistisch beurteilt. Ein Teil der deutschen Presse schreibt bereits — unverantwortlich genug — vom Sturz des Reichskanzlers und der Reichsregierung. Der Wunsch ist der Vater des Gebenkens. Ein Rücktritt Wirth ist durchaus möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich. Denn das Kabinett Wirth hat sich selbst bezeichnet u. bezeichnet lassen als das Kabinett der Erfüllung. Nimmt man ihm die erste wirtschaftliche Erfüllungsmöglichkeit: Oberschlesien, so nimmt man ihm auch die moralische Verpflichtung, seine Erfüllungspolitik weiter zu treiben. Frankreichs Ziel ist hier nicht eindeutig. Aber in Deutschland sollte man nicht noch dem Feind von außen helfen und mit einer Regierungspolitik spielen, die jetzt am wenigsten helfen würde. Denn die Frage der Erweiterung der Regierung nach links oder rechts oder links und rechts ist noch immer in der Schwebe. Ob die Sonderverhandlungen in London durch den Botschafter Stijaher etwas erreichen, ist mehr als fraglich: wir haben den Eindruck, die Entscheidung ist bereits gefallen, Frankreich und Polen haben die Oberhand, politische Gesichtspunkte über die wirtschaftlichen Fragen gestellt. Lloyd Georges feinergetragene Reden für Recht und Billigkeit gegen Deutschland in der obereschlesischen Frage wären dann allerdings böse Lügen gestraft. Von deutscher Seite wird mit allen Mitteln noch einmal ein Druck nach außen hin versucht. Ob er etwas hilft und sich nicht noch in einen Druck gegen innen wandelt, ist wieder eine Frage. Aber wozu die Aufregung? An eine Entscheidung zugunsten Deutschlands hat eigentlich niemand ernstlich geglaubt, oder doch? Deutschland muß trotzdem sein Recht fordern; denn Recht bleibt Recht. Die nächsten Tage oder Stunden entscheiden darüber, ob die Entente ernstlich gewillt ist, Europa aufzubauen oder zu zerstören. Ohne die Mitarbeit Deutschlands geht aber der Wiederaufbau nicht. Und Oberschlesien gehört zu Deutschland.

Die Stimmung in Berlin.

Kurze Sitzung des Reichskabinetts. — Pessimistische Auffassung der Presse. — Drohende Zurücknahme der Kredithilfe durch Industrie, Banken und Landwirtschaft.
Berlin, 12. Oktober. Das Reichskabinett ist gestern Abend nach einer kurzen Sitzung wieder auseinandergegangen, da ihm authentische Nachrichten über das Schicksal Oberschlesiens nicht vorlagen. Das Kabinett wird heute Vormittag 9 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammentreten.
Die Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die für heute Vormittag anberaumt war, ist abgesagt worden, da die Regierung noch nicht in der Lage ist, positive Mitteilungen über das obereschlesische Problem zu machen. Cämtliche Blätter setzen die durch die bisher aus Genf eingetroffenen Nachrichten in Deutschland geschaffene Lage als äußerst kritisch an.

Die „Wossische Zeitung“ erklärt, daß die Entscheidung des Völkerbunds, wenn sie auch nur annähernd so ausfallen sollte, wie die heutigen Meinungen befürchten lassen, keineswegs von Deutschland widerspruchslos hingenommen zu werden brauche. Eine solche Entscheidung wäre kein Votum auf die obereschlesische Abstimmung, sondern vielmehr eine willkürliche Phantasterei, deren Gutheißung weder ein deutsches Kabinett aussprechen könne, noch überhaupt politisch ernst zu nehmenden Männern zumuten wäre. Einer solchen Entscheidung zu weichen habe das Kabinett umso weniger nötig, als der Reichstag zweifellos einmütig dem selbstverständlichen Vorschlag des Kabinetts zustimmen würde, der Entente gegenüber die Entscheidung als unannehmbar und mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehend zu beanstanden.
Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, daß weder das Kabinett Wirth noch irgend ein anderes imstande wäre, die Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag, aus dem Ultimatum und aus den Wiesbadener Abmachungen zu erfüllen, falls Deutschland nur ein Stück des obereschlesischen Industriegebietes genommen würde.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ spricht bereits von einer schweren Regierungskrise. Er äußert sich folgendermaßen in politischen Kreisen verlauten, daß das Reichskabinett fest entschlossen sei, zurückzutreten, wenn die Entscheidung über Oberschlesien so ausfalle, wie es im Augenblick den Anschein habe. — Wie das Blatt weiter mitteilt, seien gestern Abend einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichskanzler gewesen, um sich mit ihm über die Kreditaktion zu unterhalten. Auch die obereschlesische Frage sei im Zusammenhang damit besprochen worden. Industrie, Landwirtschaft und Handel seien, dem Blatt zufolge, fest entschlossen, angesichts der Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundsrats die größte Zurückhaltung zu üben. Nach dem etwaigen Verlust von Oberschlesien oder nach der Teilung des Industriegebietes könne die deutsche Volkswirtschaft nach Meinung mahgebender Industriekreise nicht die Kraft besitzen, Leistungen zu vollbringen, wie sie mit dem Abschluß des Kreditabkommens verbunden sein würden. Das Abkommen dürfte also nur abgeschlossen werden, wenn Deutschland Oberschlesien behalte, denn die Industrie u. mit ihr Handel und Landwirtschaft dürften nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie von vornherein wüßten, daß sie nicht erfüllt werden könnten. Außerdem verlautet, dem Blatt zufolge, daß die ausländischen Finanzkreise, die an die deutsche Wirtschaft mit Anleiheangeboten herantreten waren, entschlossen seien, die Angebote zurückzuziehen, wenn Deutschland wichtige Teile Oberschlesiens verlieren sollte.

Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz schreibt: Die Wegnahme Oberschlesiens in dem Umfang, wie sie geplant scheint, erschüttert die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth. Mit dem Sturz des Kabinetts Wirth wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrecht zu erhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm.

Der gleichen Ansicht ist auch die Sozialistische Korrespondenz. Das Reichskabinett.

Berlin, 11. Okt. Wie die Blätter melden, ist die heutige Vormittagsitzung des Kabinetts, die sich mit dem obereschlesischen Problem befaßt hat, um 1 Uhr abgebrochen worden. Die Sitzung wird heute abend um 7 Uhr fortgesetzt werden. Ein endgültiger Beschluß ist weder in der gestrigen, noch in der heutigen Kabinettsitzung gefaßt worden, da der Reichsregierung eine amtliche Mitteilung über den Stand der obereschlesischen Frage in Genf noch nicht vorgelegen hat.
Ein Antrag auf sofortigen Rücktritt.

Berlin, 11. Okt. Nach einer Mitteilung der „Wossischen Zeitung“ soll in der Nachmittagsitzung des Kabinetts der Antrag einer sofortigen Demission der Regierung gestellt und erwogen worden sein mit der Begründung, daß sich das Programm und die Politik des Kabinetts Wirth nicht weiter durchführen lassen würden, wenn Oberschlesien Deutschland verloren ginge. Das Blatt betont aber, daß das Kabinett Wirth nach wie vor den festen Willen zur Erfüllung hat und nur wünscht, daß man ihm die Möglichkeit läßt, den Willen auch weiterhin in die Tat umzusetzen. In diesem Sinne dürfte auch der deutsche Botschafter in London bei Lloyd George Vorstellungen erheben.
Der „Vorwärts“ zur Lage.

Berlin, 11. Okt. Auch der „Vorwärts“ hebt nochmals den festen Willen des Kabinetts Wirth hervor, die Verpflichtungen Deutschlands weiter wie bisher bis an die Grenze des Möglichen zu erfüllen und sagt: Bisher konnten die un-

geheuerlichen Anstrengungen mit gutem Gewissen gemacht werden, weil man uns versichert hatte, der obereschlesische Lungenflügel, dessen wir als Schwerarbeiter unbedingt bedürfen, werde uns nicht beschnitten werden. Was bleibe uns aber zu tun übrig, wenn uns der freie Atem durch den stets drohenden Zugriff einer Reparationskommission behindert werde? Wie sollen wir unser Reparations- und Wirtschaftsprogramm festlegen, wenn in Oberschlesien von neuem ein kurzfristiges Provisorium geschaffen wird? Gewiß, Deutschland wird weiterkämpfen, aber die Verhältnisse sind nicht geklärt genug, um Enttäuschungen, wie Oberschlesien eine zu werden droht, ohne gefährliche Erschütterungen ertragen zu können.

Die Aufgabe des deutschen Botschafters in London.

Berlin, 11. Okt. Dem Tageblatt zufolge soll der deutsche Botschafter in London, Dr. Stijaher, beauftragt worden sein, Lloyd George nicht im unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des obereschlesischen Industriegebietes von Deutschland ergeben würden. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands in den Ententestaaten sollen ähnliche Weisungen erhalten haben.

Aufruf des deutschen Ausschusses für Oberschlesien an den Reichskanzler.

Aufforderung an die Reichsregierung zum demonstrativen Rücktritt bei Entscheidung gegen Deutschland.

Kattowitz, 12. Okt. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat gestern folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth gerichtet: „An den Herrn Reichskanzler, Berlin. Mit steigender Beunruhigung hat der Deutsche Ausschuss von den Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir können nicht glauben, daß sie richtig sind, denn eine solche Entscheidung wäre eine Katastrophe für das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens. Die Vergewaltigung des Rechts können wir nicht hinnehmen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die Demokratische und die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbstständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteimitglieder im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuss in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstige händische Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir haben es verstehen können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutschland zu retten. Wir würden es nicht verstehen, wenn diesen neuen Rechtsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß die Regierung etwa dem Ansinnen des Völkerbundsrats nachgeben könnte, dem Wechselbals, den man uns mit dem „autonomen Wirtschaftsgebiet“ oder ähnlichem untergeschoben gedenkt, durch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschland Leben einzusaugen. Wenn der Völkerbundsrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand irrthümlicher politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein. Wir fordern unser Recht, wir fordern aber auch von dem Reich, daß es unser Recht verfechte ohne Rücksicht darauf, ob dem Einzelnen hier wieder schwere Tage bevorstehen mögen. Reichskanzler werde hart!“

Forderung nach Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung bei ungünstiger Entscheidung über Oberschlesien.

Kattowitz, 12. Okt. Die in der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellten an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der obereschlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermöge.

Rundgebung heimattreuer Oberschlesier.

Eisenach, 11. Okt. Die Ortsgruppe Eisenach der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier veranstaltete am Mittwoch eine Rundgebung, um der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß der Verlust auch nur eines Teils Oberschlesiens für Deutschland national und wirtschaftlich niederhammernd und für keinen Deutschen erträglich wäre. Sie rief alle Schwestergruppen auf, sich dieser Rundgebung anzuschließen und dem Völkerbund in Genf nochmals eine zu fassende Entschließung im Sinne der Erhaltung Oberschlesiens für Deutschland zu unterbreiten.

Rundgebung der deutsch-demokratischen Partei in Bayern für Oberschlesien.

München, 11. Okt. Vorstandsschaft und Landtagsfraktion der Deutschdemokratischen Partei Bayerns erlassen eine Rundgebung für Oberschlesien, in der es heißt: Noch wissen wir nicht, wie der Spruch des Völkerbunds über Oberschlesien lauten wird, aber die bisherigen Nachrichten weisen darauf hin, daß gegen sonnenklares geschichtliches und natürliches Recht, gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags und gegen das Ergebnis der obereschlesischen Volksabstimmung eine Scheinlösung versucht werden soll, die nichts wäre, als eine unerhörte Vergewaltigung des deutschen Volkes und ein tödlicher Schlag gegen sein zukünftiges Leben. Das deutsche Volk muß nochmals seine Stimme erheben und in letzter Stunde sich gegen das ihm drohende Unheil auflehnen, durch welches auch die Wohlfahrt und die Ruhe Europas dauernd gestört würden. Alle deutschen Volksgenossen müssen einmütig bekunden, daß sie eine Entscheidung, die gegen Recht und gute Sitten und gegen alle Grundzüge eines wirklichen Völkerbunds verstoßt, nie anerkennen wollen.

Völkerbundrat und Oberster Rat.

Das Gutachten vor dem Völkerbundrat.

Kein Zusammentreten des Obersten Rates?

Paris, 11. Okt. Wie der Genfer Sonderberichterstatter des „Temps“ meldet, ist der Völkerbundrat heute Nachmittag zu einer inoffiziellen Sitzung bei Baron Pihl zusammgetreten, um den Bericht des Vierer Ausschusses (Belgien, Brasilien, China u. Japan) zu hören. Heute Nachmittag werde der Rat in einer außerordentlichen Sitzung mit der Prüfung dieses Berichts fortfahren, wenn über die Fassung des Gutachtens oder genauer der Lösung, die er anempfehle, im Völkerbundrat selbst noch keine volle Einigkeit hergestellt werden könne. Gleichwohl nehme man in Genf an, daß der Völkerbundrat am Mittwoch dem Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, sein Gutachten werde zustellen können. Indessen sei eine kleine Verzögerung noch möglich. In Genf werde bestritten, daß die englische Regierung gegen eine für Polen zu günstige Lösung eine Art Veto einlegt. Die Londoner Regierung habe ebenso wie die Pariser, die römische und die japanische die Frage dem Völkerbund übergeben und werde sich der Entscheidung des Rats beugen.

„Journal des Debats“ erfährt aus Genf, daß nach gewissen Nachrichten der Völkerbundrat seine Schlussfolgerungen bereits offiziell dem Obersten Rat mitgeteilt habe. Frankreich und England sollen einige Abänderungen verlangt haben. Der Völkerbundrat solle gegenwärtig mit der endgültigen Fassung des Gutachtens beschäftigt sein, das er heute Abend oder morgen dem Ministerpräsidenten Briand werde zugehen lassen.

Nach dem „Journal des Debats“ ist es wenig wahrscheinlich, daß der Oberste Rat zusammentreten muß, um die Entscheidung des Völkerbunds in der obereschlesischen Frage zur Kenntnis zu nehmen und sich über das von dem Völkerbund abgegebene Gutachten auszusprechen. Wahrscheinlich werde man bei dieser Gelegenheit ausschließlich die üblichen diplomatischen Wege gehen.

Die Teilung Oberschlesiens vom Viererrat beschlossen.

Kompromiß zwischen den beiden Sforza-Linien.

Genf, 12. Okt. Wenn man den heute hier vorliegenden natürlich rein privaten Informationen Glauben schenken kann, dann kann kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundrat tatsächlich die Teilung Oberschlesiens und zwar auch des Industriegebiets beschlossen hat. Ueber die dem Obersten Rat vorschlagende Grenzlinie ist naturgemäß nichts Sicheres und nichts Endgültiges zu erfahren. In Kreisen, die dem Völkerbund nahe stehen, verlautet aber mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Sforza-Linien darstellt. Danach sollen an Polen fallen: Rybnik, Pleß, der in den Kreis Pleß hineinragende Südspitze des Kreises Hindenburg, Kattowitz-Stadt und -Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die Stadt und Teile der Kreise Tarnowitz und Lublitz ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königs- hütte betrifft, so wird von einer für Polen günstigen Lösung gesprochen. Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundrats eine Fülle von teilweise sehr verwickelten Bestimmungen enthalten über technische und wirtschaftliche Fragen, deren rechnerische Ausarbeitung auf große Schwierigkeiten stößt. Von den Mitgliedern des Völkerbundrats wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung.

Genf, 12. Okt. Mit Bestimmtheit verlautet, daß die Veröffentlichung des Gutachtens, gleichviel ob sie von Genf oder Paris ausgeht, erst dann erfolgen soll, wenn alle militärischen Vorbereitungen in Oberschlesien getroffen und für die rechtzeitige Notifizierung an die interessierten Regierungen gesorgt sei.

Politische statt wirtschaftliche Gesichtspunkte.

Genf, 11. Okt. Die hier weilenden Vertreter Oberschlesiens haben aus ihren Unterhaltungen mit Mitgliedern des Völkerbundrats und der Sachverständigen im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß sich die meisten maßgebenden Persönlichkeiten durchaus Rechenschaft ablegen über die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die eine Teilung nach sich ziehen müßte. Diese Erkenntnis vermochte aber offenbar nicht gegen die politischen Gesichtspunkte aufzukommen, die von anderer Seite vertreten werden und scheint daher ihren Ausdruck nur in verschiedenen Kompromißvorschlägen zu finden, mit deren Hilfe man wenigstens theoretisch die unausbleiblichen unmittelbaren Folgen einer politischen Lösung eindämmen möchte.

Nach keine Entscheidung in London und Paris.

London, 11. Okt. Zu den verschiedenen Gerüchten über Empfehlungen mit Bezug auf Oberschlesien erzählt Reuter: Die Lage ist die, daß die Premierminister der Alliierten in Paris ~~erklärt~~ haben, sie würden die Empfehlungen des Völkerbundrats annehmen. Seit dieser Zeit haben die Mächte keinen Anteil mehr an der Frage genommen, weder direkt, noch indirekt.

London, 11. Okt. Wie Reuter erfährt, werden die Be-

Ämtliche Bekanntmachungen betr. die Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist im Schlachthof in Pforzheim ausgebrochen.

Beobachtungsgebiet ist Pforzheim, Brötzingen und Dillweissenstein.

Die vom Bezirksamt Pforzheim angeordneten Maßregeln sind zu beachten.

Calw, den 10. Oktober 1921. Oberamt: G. S.

Handel mit Kartoffeln u. Ausfuhr von Kartoffeln aus Württemberg. Das Ernährungsministerium hat eine verschärfte Kontrolle des Kartoffelhandels und ein nachdrückliches Einschreiten gegen die sogenannten wilden Kartoffelhändler angeordnet.

Berechtigt zum Kartoffelhandel sind nur diejenigen Personen, welche im Besitze eines vom Oberamt ausgestellten Erlaubnissscheines zum Handel mit Lebensmitteln sind.

Alle übrigen Personen, die ohne Erlaubnis des Oberamts handeln, machen sich strafbar und werden im Betretungsfalle der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.

Zur Kontrolle des Kartoffelhandels ist weiter folgendes vom Ernährungsministerium angeordnet: Kartoffeln dürfen nach Orten außerhalb Württembergs in Wagenladungen bei Bahntransport nur mit einem von der Landesversorgungsstelle abgestempelten Frachtbrief und bei jeder anderen Art der Beförderung nur mit einem Beförderungsnachweis der Landesversorgungsstelle verandt werden.

Kartoffeln, die ohne diesen Nachweis nach außerhalb Württembergs verbracht werden, sind zu beschlagnahmen.

Die Ortspolizeibehörden sowie die Landjägerstellen werden beauftragt, den Kartoffelhandel streng zu überwachen. Insbesondere sind Händler nach ihren Handelserlaubnissscheinen zu befragen. Wer keinen ordnungsmäßigen Nachweis bei sich führt, ist sofort dem Oberamt zur Anzeige zu bringen.

Calw, den 8. Oktober 1921. Oberamt: G. S.

Schlüsse der für Oberschlesien besonders ernannten Mitglieder des Völkerbunds sofort dem Räte des Bundes in Genf vorgelegt werden. Sobald der Rat diese Beschlüsse bestätigt hat, werden sie dem Obersten Rat unterbreitet werden. Bisher hat die britische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse und auch keine Anfrage deshalb ergoßen lassen.

Die englische Presse.

London, 11. Okt. Die Blätter weisen in Telegrammen aus Berlin auf die in Deutschland herrschende bedrohliche Spannung bezüglich der erwarteten Entscheidung des Völkerbundrats in der obereschlesischen Frage hin. Die Beratungen zwischen dem Außenminister Dr. Kolen und dem deutschen Volschaffter Sthamer, sowie die unmittelbar darauf erfolgte Abreise des Volschaffers nach London werden hervorgehoben. — Der diplomatische Berichterstatter des Daily Chronicle schreibt, die Meldung aus Genf, daß in letzter Stunde der Versuch unternommen werden würde, die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundrats in der obereschlesischen Frage zu beeinflussen, entspreche nicht den Tatsachen. Ueber die Art der Entscheidung sei nichts Endgültiges bekannt.

Ein weiteres Zeitungsverbot in Oberschlesien.

Kattow, 11. Okt. Die Rundschau für das obereschlesische Volk in Kattow ist von der Interalliierten Kommission ohne Angabe von Gründen für die Zeit vom 1. bis 25. Oktober verboten worden und zwar, wie man annimmt, wegen eines Artikels über das Selbstbestimmungsrecht des Sultschiner Bändchens.

Ausland.

Aufhebung der militärischen Sanktionen?

Berlin, 11. Okt. In Berliner politischen Kreisen sind, (nach dem Stuttg. N. Tagbl.) wie eine Korrespondenz hört, Nachrichten eingetroffen, nach denen man sich zwischen London und Paris geeinigt hat, daß die militärischen Sanktionen in der nächsten Sitzung des Obersten Rates aufgehoben, die Aufhebung der Militärkontrollkommissionen und eine weitere Verminderung der Besatzungskosten beschlossen werden sollen.

Die irische Frage.

Beginn der Konferenz mit den Sinn-Feinern. London, 10. Okt. Wie gemeldet wird, werden die englischen Vertreter am Dienstag vormittag mit der in London eingetroffenen Sinn-Feiner-Delegation in der Downingstreet zusammentreten.

London, 10. Okt. Die Minister, die an der irischen Konferenz teilnehmen sollen, haben sich heute versammelt, um sich über die Politik der Regierung u. über die Lage in Irland zu besprechen.

England fordert strenge Einhaltung des Waffenstillstandes.

London, 11. Okt. Aus amtlichen Kreisen verlautet, daß, wenn die Sinn-Feiner-Konferenz heute zusammentritt, die britischen Vertreter das feierliche Versprechen fordern werden, daß der Waffenstillstand während der Verhandlungen genauer durchgeführt werde. Es wird angenommen, daß die heutigen Verhandlungen die Form einer offenen Aussprache zwischen den beiden Parteien annehmen mit dem Ziel, eine endgültige Grundlage zu finden, auf der die Verhandlungen in nächster Weise fortgesetzt werden können.

Der irische Oberstkommandierende, General Neady, und der Polizeichef, General Tudor, sind eingeladen, nach London zu kommen. Auch der Bisköpfung Fitz Alan wird erwartet.

Der Aufstand in Indien.

London, 10. Okt. Daily Telegraph erfährt aus Allahabad, daß die ausländischen Moplahs alle Hindus (Frauen und Kinder) mordernehen. Die Führer der Ausländischen planen die Errichtung eines Moplahs-Königtums. — Die Nachrichten müssen mit Vorsicht aufgenommen werden. Bekanntlich benützen die Engländer als Mittel zur Beherrschung Indiens von jeher die Gegensätze zwischen den Hindus und Mohammedanern und schürten unter Umständen sogar selbst in diesen Kämpfen das Feuer der religiösen Leidenschaften.

Keine Antwort Japans auf Chinas Schantung-Note.

London, 10. Okt. Einer „Exchange“-Meldung aus Newyork zufolge wird aus Tokio berichtet, daß in einem Kabinettsrat beschlossen wurde, daß Japan die Note Chinas bezüglich Schantung nicht beantworten werde. Japan sei entschlossen, die Frage fallen zu lassen und den status quo beizubehalten, bis China die Wiedererörterung der Frage beantrage.

Englische Pressestimmen zu den Entschlieungen der Rußlandhilfe-Konferenz.

London, 10. Okt. „Manchester Guardian“ und „Westminster Gazette“ wenden sich in scharfen Worten gegen die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz in der Frage der Unterstützung Rußlands. „Manchester Guardian“ schreibt: Den verständigen Leuten in Westeuropa scheint nichts mehr übrig zu bleiben als zu versuchen, auf privatem Weg die elementaren Pflichten zu erfüllen, die ihre Regierungen von sich gewiesen haben. „Westminster Gazette“ sagt, die Entschlieungen der Brüsseler Konferenz seien der Mittelpunkt des naekten Zynismus.

Die Ernte 1921 in Rußland.

Kopenhagen, 10. Okt. Einem Telegramm aus Moskau zufolge veröffentlicht das Statistische Zentralbüro folgende Zahlen für das Erntergebnis dieses Jahres: Die Ernte in Brotgetreide in Rußland und der Ukraine beläuft sich auf 2 Milliarden Pud. Nach Abzug des Saatgetreides verbleiben 1 1/2 Milliarden Pud. Man hatte geschätzt, daß die Ernte im Hungergebiet 133 Millionen Pud größer sein würde, als sie in Wirklichkeit war. Zum Ausgleich müssen 50 Millionen Pud Getreide aus dem Ausland eingeführt werden.

Deutschland.

Anschläge auf die Gerichtsgebäude in Leipzig?

Berlin, 11. Okt. Nach einer Meldung des „Berliner Volksanzeigers“ aus Leipzig sollen gegen die dortigen Gerichtsgebäude in der Elisenstraße. Die Gebäude werden von Sicherheitsmannschaften bewacht. Die Besucher des Landgerichts müssen sich beim Eintritt einer Leibesuntersuchung unterziehen.

Spenden für Oppau.

Höchst a. M., 5. Okt. Die Höchster Hartwerk stifteten für die Geschädigten von Oppau den Betrag von 1 Million M. Außerdem zeichneten die Mitglieder des Vorstandes der Hartwerk für sich größere Beträge.

Berlin, 8. Okt. Die hiesige Vertretung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik hat der Reichsregierung anlässlich der Oppauer Katastrophe ihre Teilnahme ausgesprochen und eine Spende von 10 000 Mark übermittelt.

Die Verwendung der „Ludendorff“-Spende.

Berlin, 9. Okt. Die Nummer 127 des „Deutschen Abendblattes“ vom 8. d. M. hatte in sensationeller Aufmachung unter den drei Ueberschriften: 1) „Das Geheimnis der Ludendorff-Spende“, 2) „Wie wurden die Millionen-Beträge verwendet?“ und 3) „Wirklich für Kriegsbeschädigte?“ Ausführungen gebracht, die sich auf eine Nummer der Wochenzeitschrift „Die Tradition“ zu stützen schienen. Das Blatt hatte u. a. gefragt, ob es wahr sei, daß 50 Millionen Mark der Ludendorff-Spende der staatlichen Fürsorge zugeführt seien und ob die fehlenden 100 Millionen seinerzeit für sozialdemokratische Wahlpropaganda zur Nationalversammlung vergeudet worden seien. — Demgegenüber stellt das Reichsarbeitsministerium fest: Die im Jahre 1918 vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem die Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge vereinigt waren, unter dem Namen Ludendorff-Spende angebrachten Mittel — rund 160 Millionen Mark — sind zum überwiegenden Teil gar nicht nach Berlin oder an die Zentralstelle geflossen, sondern in den Ländern bzw. Provinzen verblieben, in denen sie gesammelt wurden. Sie wurden und werden hier von den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge (in Preußen die Landeshauptstelle, in Bayern die Regierungspräsidenten usw.) gemäß den bei der Sammlung ausgegebenen Zweckbestimmungen und somit dem Spenderwillen entsprechend lediglich zur Ergänzung, nicht zur Entlastung der Reichs-, Staats- und Kommunalfürsorge verwandt. Dabei wirken entsprechend dem obengenannten Gesetz die Spitzorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist der Rechtsnachfolger des alten Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge und gemäß dem genannten Gesetz dem Reichsarbeitsministerium angegliedert. Aus diesem Tatbestand geht bereits die technische Unmöglichkeit hervor, die Mittel der Ludendorff-Spende zur Finanzierung der Wahlpropaganda zu verwenden. Weiter ist der Feststellung des Reichsarbeitsministeriums zu entnehmen, daß eine geprüfte Abrechnung der Ludendorff-Spende im Frühjahr 1919 veröffentlicht und der gesamten Presse übermittelt worden ist.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Oktober 1921.

Zugverkehr.

Der Personenzug Stuttgart ab 5.14 verkehrt von heute ab bis 31. März nächsten Jahres an Wochentagen, ausgenommen Samstags, nur bis Leonberg. Der Zug Stuttgart—Calw, seither Stuttgart ab 5.14 verkehrt von heute ab 8 Minuten später, fährt also erst 5.22 in Stuttgart ab.

Japan
ng-Note.
Weldung aus Newyork
in einem Kabinettstat
Chinas bezüglich Schan-
ei entflohen, die Frage
eizubehalten, bis China
age.

en Entschliefungen
nferenz.
dian" und "Westminster
en gegen die Beschläffe
Unterstützung Russlands.
verständigen Leuten in
u bleiben als zu ver-
n Pflichten zu erfüllen
haben. "Westminster
rühfester Konferenz sein

ußland.
ramm aus Moskau zu
albüro folgende Zahlen
Die Ernte in Brot-
beläuft sich auf 2 Mil-
treidreizehnen verbleiben 1/4
h die Ernte im Hunger-
würde, als sie in West-
50 Millionen Pud Ge-
erden.

h.
äude in Leipzig?
g des "Berliner Volks-
die dortigen Gerichts-
bere gegen das Landge-
werden von Sicherheits-
es Landgerichts müssen
ung unterziehen.

pau.
erwerke stifteten für die
1 Million M. Aufge-
standes der Handwerk-
ng der russischen sozial-
der Reichsregierung an-
einahme ausgesprochen
mittel.

ndorf"-Spende.
des "Deutschen Abend-
eller Aufmachung unter
mnis der Ludendorff-
Beträge verwendet?
Ausführungen gebracht
schrift "Die Tradition"
a. gefragt, ob es wohl
dorf"-Spende der Staat-
die fehlenden 100 Mil-
Wahlpropaganda zur
sein. — Demgegen-
n fest: Die im Jahre
ädigtensfürsorge, in dem
schädigtensfürsorge ver-
udendorff-Spende auf-
nen Markt — sind zum
n oder an die Zentral-
bez. Provinzen ver-
zu wurden und werden
Kriegsbeschädigtenfür-
in Bayern die Regie-
der Sammlung aus-
mit dem Spenderwille
cht zur Entlastung der
ge verwandt. Dabei
bruar 1919 die Kriegs-
a Bruchteil der Samm-
ysausgleichsfonds unter
on dem Reichsausgleichs-
rbliebenen-Fürsorge zu
allgemeinen Krieger-
hend dem obengenannt-
Kriegsbeschädigtenfür-
riegsbeschädigten und
olger des alten Reichs-
e und gemäß dem ge-
ium angegliedert. Aus
chnische Unmöglichkeit
zur Finanzierung der
ist der Feststellung des
daß eine geprüfte Ab-
jahr 1919 veröffentlicht
t worden ist.

Land.
12. Oktober 1921.
erkehrt von heute ab bis
ausgenommen Samstag,
Calw, seither Stuttgart
äter, fährt also erst 5.22

Neue Freimarken mit Bildern

der Schmiede-, Bergarbeiter und Landarbeiter.
Die Reichsbank beginnt in diesen Tagen mit der Ausgabe der ersten Marken mit den Bildern der Schmiede, Bergarbeiter und Landarbeiter. Die Reihe dieser 6 Marken umfaßt 3 Bilder. Die beiden ersten mit den Werten 60 M (Dunkelblau) und 80 M (rot) stellen Schmiede in verschiedenen Altersstufen beim Arbeiten am Anvil dar; die beiden nächsten mit den Werten 100 M (grün) und 120 M (ultramarin) zeigen Bergarbeiter mit Spitzhüte, Meißel und Hammer in voller Tätigkeit; die beiden letzten Werte 150 M (orange) und 160 M (blaugrün) Landarbeiter beim Mähen und Garbenbinden. Zunächst kommt die 60 M Marke in Bogenform (einfaches Porto für Inlandsbriefe) zur Ausgabe; ihr folgt im Laufe des Oktober der 120 M-Wert für den einfachen Auslandsbrief. Die übrigen Werte können noch nicht ausgegeben werden, weil noch ältere Markenbestände vorhanden sind, die aus wirtschaftlichen Gründen zuerst verbraucht werden müssen. Der Ausgabezeitpunkt der übrigen Marken, (60 M in Rollen usw.) wird später bekannt gegeben. Wo die jetzt neu ausgegebenen neuen Marken bei den Postanstalten infolge des Vorliegens älterer Bestände noch nicht zu haben sind, können Marken sammeln usw. sie bei der Markenverkaufsstelle des Briefpostamts in Berlin C2 gegen die dort zu erfragenden Bedingungen beziehen.

Der Oktober im Volksmund.

Den Oktober wünscht das Volk laut, dann ist die Herrschaft des Winters nicht zu rauch. „Sicht im Oktober das Laub noch fest auf dem Baum, fehlt ein strenger Winter kaum.“ Ein warmer Oktober bringt nach der Weinung des Volles einen kalten Januar und Februar. Dagegen „bringt der Oktober viel Frost und Wind, sind Jänner und Hornung gelind.“ „Durch Oktobermüden soll man sich nicht „berücken“ lassen.“ Ein kalter Oktober gebietet dem Raupenfraß des nächsten Jahres halt. Den Oktober stellt man mit dem März in Parallele und meint, beide müssen 12 schöne Tage haben. „Wie es im Oktober weiter, so wird es im März gleichermaßen weitem.“ Scherzhaft nennt man den neuen Wein den Oktoberjaft und sagt ihm nach, daß er die Zunge löse und die Gemüter erheitere: „Oktoberjaft macht Bruderschaft“. Ein ungalanter Spruch behauptet: Der Oktobermonat macht den Fröschen das Maul zu und der Oktoberjaft macht es den Weibern auf!

Aus der Zeit.

Der Prophet Häufiger verhaftet. Der Wandredner Ludwig Häufiger ist in Hamburg wo er sich als wiedererstandener Christus ausgab und eine große Anhängerfahre unreifer Leute an sich gesammelt hatte, verhaftet worden. Sowohl von der Staatsanwaltschaft Hannover wie von Heilbronn lagen Siedbriefe gegen ihn vor wegen Beamtenbeleidigung und Widerstands.

Wie zur Zeit gelebt wird. Als Stichprobe über den Verbrauch auf der Oktoberfestwiese in München mag das Resultat der Augustiner-Kiesenhalle genügen. Der Bierumsatz mit 3000 Hektolitern in den 14 Tagen übertrifft hier den Friedensverbrauch um mehr als das Doppelte, 68 Schweine, 14 schwere Stiere, 40 Kälber und 12 Hammel gingen den Weg alles Irdischen in Gestalt von Hunderttausenden von Würstchen und Braten. 1730 Hühner, 197 Spanferkel und 182 Gänse schmorten am Spieß. Zu den Würstchen allein wurden an 40 000 Meter Seillinge verarbeitet. Und das alles in der Zeit, da Hunderttausende nicht wissen, wie sie ihre allernotwendigsten Bedürfnisse befriedigen können. Wiederaufbau in Bayern?

Mutmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Der Hochdruck hält den Störungen im Westen immer noch stand. Am Donnerstag und Freitag ist meist trockenes und ziemlich mildes Wetter zu erwarten.

Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.

(Schluß.)

Von noch größerer Bedeutung ist die den gewerblichen Arbeitgebern durch Paragr. 3 der genannten Verordnung auferlegte Verpflichtung keinen Arbeiter zu beschäftigen, der vor dem Krieg oder während des Kriegs in der Forst- oder Landwirtschaft gearbeitet hat und die sich daraus ergebende Verpflichtung, allen entgegen dieser Vorschrift eingestellten Personen zu kündigen. Solange diese bis jetzt tatsächlich kaum beachtete Vorschrift nicht durchgeföhrt wird, ist an eine Gesundung der Wirtschaft auf diesem wichtigen Gebiet nicht zu denken. Mögen die gewerblichen Arbeitgeber so viel Pflichtgefühl gegenüber der Allgemeinheit zeigen, daß sie künftig bei der Einstellung von Arbeitern sorgfältig prüfen, ob sie nach dieser Vorschrift zulässig ist und daß sie davon sich überzeugen, ob die zur Zeit von ihnen beschäftigten Arbeiter nicht unter dieses Verbot fallen. Aber auch die gewerblichen Arbeiter und ihre Organisationen stellen im eigenen und im öffentlichen Interesse alles tun, um dieser wichtigen und notwendigen Bestimmung Geltung zu verschaffen. In erster Linie müssen solche während des Kriegs von der Landwirtschaft zu Industrie übergegangenen Leute entlassen werden, die durch die Entlassung nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen werden, d. h. solche, denen sofort eine bestimmte Dauerstellung in der Landwirtschaft angeboten werden kann und deren Ueberfödelung verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen ist, insbesondere also jüngere und ledige Leute, vor allem Söhne und Töchter wohlhabender Landwirte, die auf die gewerbliche Arbeit nicht angewiesen sind.

Aber darüber hinaus wäre es dringend wünschenswert, daß der Zustrom insbesondere jugendlicher vom Lande und aus landwirtschaftlichen Familien stammender Personen, die sich durch ihren frischen und verhältnismäßig hohen Verdienst dazu verleiten lassen, als ungelernete Hilfsarbeiter in die Industrie zu geben, nach Möglichkeit abgedämmt wird. Eltern, die diese Neigung und Selbstsucht begünstigen oder gar ihre Kinder von sich aus zu diesem Schritt veranlassen, handeln unverantwortlich an diesem, wenn sie die Möglichkeit hätten, ihren Kindern auf dem Lande eine passende Arbeit zu verschaffen, die ungleich gesün-

Althengst, 12. Okt. Die Sammlung für die Verunglückten in Oppau hat hier die schöne Summe von 1753 M. ergeben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Frankfurt a. M., 11. Okt. An der gestrigen Newyorker Nachbörsen gal die Reichsmark 1 082 1/2 Cents. Das entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von 121.20. (Frankf. Ztg.)

Wärkte.

Weinpreise.

In Heilbronn wird die Lese Mitte der Woche beendet. Es wurden Mostgewichte bis zu 115 Grad festgestellt. Bisher kamen Käufe in Riesling zu 3200-3500 und in Trollinger bis zu 4000 M zustande. In Untertürkheim ist die Lese beendet. Die Preise schwanken zwischen 3800 und 4500 M für 3 Hektoliter. Die Weingärtnergesellschaft versteigert am 12. Okt. in der Stadtkellerei 350 Hektoliter Ausstichrotwein. In Schnait wird die Lese in den nächsten Tagen beendet. Verkäufe zu 3800 bis 4200 M kamen zustande. Weitau das meiste ist verfloßt. Auf in Felsbach ist die Weinlese beendet. Am 11. Okt. findet die Versteigerung der Weingärtnergesellschaft statt.

(SGB) Korb O. A. Waiblingen, 10. Okt. Die Weinlese ist hier in vollem Gang. Das Gesamtergebnis ist auf 3500 Hl. geschätzt. Das meiste ist verfloßt und verkauft zu 3800 M pro 3 Hektoliter.

(SGB) Keutlingen, 10. Okt. Die Weinlese ist beendet. Das Mostgewicht beträgt 90-95 Grad nach Dadesle. Verschiedene Käufe wurden zu 3100-3200 M pro Eimer abgeschlossen.

(SGB) Mundelsheim, 10. Okt. Der „Käsberger“ ist auch heuer ein gesuchter Tropfen. Bei der Versteigerung der Weingärtnergesellschaft wurden für Trollinger vom Käsberg 2050 bis 2570 M für das Hektoliter erzielt. Für sonstige Berglagen wurden 2000-2100 M und für Schillerwein 1200-1370 M für das Hektoliter bezahlt.

(SGB) Stuttgart, 11. Okt. Dem Mostmarkt auf dem Nordbahnhof waren 31 Wagen neu zugeführt, darunter 19 aus Württemberg, 12 aus Frankreich. Preis wagenweise für 1 Ztr. Obst aus Württemberg 105-106 M, aus Frankreich 110-115 M, im Kleinverkauf 115-120 M für 1 Ztr. Dem Mostmarkt auf dem Wilhelmplatz waren 5000 Ztr. zugeführt. Preis 118-124 M pro Ztr. Auf dem Leonhardplatz waren 100 Ztr. Kartoffeln; Preis 75 M für 1 Ztr. Silberkraut kostete 50-65 M für 1 Zentner.

Pferde und Vieh.

(SGB) Stuttgart, 11. Okt. Dem Donnerstagmarkt am Heiligen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 122 Ochsen, 13 Bullen, 249 Jungbullen, 155 Jungriinder, 269 Kühe, 356 Kälber, 218 Schweine und 14 Schafe. Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurden erzielt: Ochsen 1. Qual. 750-820 M, 2. Qual. 540-680, Bullen 1. Qual. 690-740, 2. Qual. 570-660, Jungriinder 1. Qual. 760 bis 850, 2. Qual. 630-730, Kühe 1. Qual. 560-680, 2. Qual. 360-500, 3. Qual. 230-340, Kälber 1. Qual. 970-1040, 2. Qual. 900-950, 3. Qual. 830-890, Schweine 1. Qual. 1320-1420, 2. Qual. 1210-1320, 3. Qual. 1030-1130 M. Verkauf des Marktes: Kälber lebhaft, Großvieh und Schweine mäßig.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftlitz.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. W. B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

der und befriedigender ist, als die meisten Tätigkeiten in der Industrie. Vor allem aber sollten die gewerblichen Arbeitgeber selbst von sich aus und über ihre gesetzliche Verpflichtung hinaus das Opfer bringen, auf solche Leute zu verzichten, obwohl sich bisher gerade aus diesen Kreisen vielleicht ihre billigsten und wohl auch willigsten Arbeitskräfte rekrutierten.

Auf diese Weise wird dann ganz von selbst auch die Arbeitslosigkeit gemindert. Denn in die Stellen, die durch die Ueberfüllung der aus der Landwirtschaft stammenden und für sie merkwollen Arbeitskräfte in die landwirtschaftliche Arbeit in der Industrie frei werden, können dann Erwerbslose einrücken, die sie vielleicht nicht ganz so gut aber doch zur Genüge ausfüllen vermögen.

Lavon, ob es gelingt, in naher Zukunft der Landwirtschaft die zu intensivster Bewirtschaftung des Bodens erforderlichen Arbeitskräfte zuzuföhren, hängt unser Schicksal für die nächsten Jahre ganz wesentlich ab.

Die deutsche Landwirtschaft war vor dem Krieg nahe daran, durch ihre glänzenden Leistungen den gesamten Bedarf des deutschen Volkes an Nahrungsmitteln aus eigener Kraft aufzubringen. Sie wird diese Aufgabe jetzt unter unendlich viel schwierigeren Verhältnissen leisten müssen, und zwar fast ausschließlich mit deutschen Arbeitskräften. Das Letztere ist in gewisser Beziehung als ein Glück zu bezeichnen, denn die vor dem Krieg immer mehr üblich gewordene Verwendung ausländischer Arbeiter wäre im Lauf der Zeit zu einer schweren Gefahr geworden. Ein Volk, das seinen Boden nicht mehr selbst bebaut, geht zu Grunde; das ist eine feststehende Lehre der Geschichte. Aber diese Unmöglichkeit, ausländische Arbeiter zu verwenden und in größerer Anzahl werden solche in den nächsten Jahren sicher nicht zugelassen werden können, bedeutet auch eine gewaltige Erschwörung der Aufgabe.

Umjomehr müssen alle, die es irgend können, mit allen Kräften mitarbeiten, daß wir das Ziel erreichen, das an und für sich schon ein so schönes ist, das wir aber in unserer heutigen Lage erreichen müssen, wenn wir überhaupt weiter leben wollen: daß das deutsche Volk leben kann vom deutschen Boden und von deutscher Arbeit.

Für die Tanzstunde.

Die Zeit der Tanzstunden naht und das weibliche Geschlecht soll natürlich niedlich angezogen den Kurfas besuchen. Schon die leicht zarten Stoffe kleiden ja ein Mädchen in dem Alter, wo Jugendfrische und die rofigen Farben der Schönheit ausmachen, ganz besonders gut. Blau, Weiß, Mattrosa, Gartgelb, dazu ein Rirsjrot und Pfirsichrosa sind die hauptsächlichsten Farben, die man in Tüll, Japan, Libertyseide, Crepe de chine und Crepe Georgette verarbeitet. Als neuestes Material ist dann noch Taft chagneant zu erwähnen. Es ist besonders hübsch für die neuen weiten Stillkleider, die unsere jungen Backfische sehr gut kleiden. Besonders das ziemlich glatte Wieder mit dem modernen flachen Schulterausschnitt und den ganz kurzen Ärmeln ist sehr vorteilhaft. Damit es nicht zu schlan macht, unterbricht man die glatten Linien des Niebers gern durch quergenahte Piesengruppen, einen Schmud, der überhaupt neben den Handhöhlnähten am meisten angewendet wird. Im großen Ganzen sind die Tanzkleider alle von einer wohlthuenden Einfachheit. Neben der ganz schlichten Kettelform, die nur ein Zugsaum mit feittlich herabfallenden Seidenbandschleifen einengt, findet man die blufig überfallende Taille, mal länger, mal kürzer gestellt. Bald trägt man sie zu stark eingekrausten Röcken, dann wieder zu zwei übereinanderfallenden Bolants aus Tüll oder dem gleichen Stoff wie das Leibchen, auch Amikaröde und zipflig auslaufende weite Röde passen gut zu dieser Tailenform. Der runde Ausschnitt herrscht vor. Er ist dußfamer für die jugendliche Magerkeit als der viereckige und spitze. Wandmal ist er ohne jede Verzierung oder durch eine Hohlnaht begrenzt. Auch eine breite plissierte Falte und die Spitzenborde sind wieder beliebt. An den kurzen Ärmelstümpfen wiederholt sich der Schmud, wenn man nicht den wiederbeaufständigen Puffärmel wählen will. Als Gürtelabschluss ist immer noch die breite Schärpe beliebt, besonders breites kariertes Seidenband zu einfarbigen Taftkleidern ist da zu erwähnen. Auch Rosen tauchen als reizender Gürtelschmud auf.

Anna P. Wedekind.



B-F 602. Kleid mit ägyptischem Rod und Perlenschilderei. Großes Ullstein-Schnittmuster in Bodfischgröße 15 und 16 mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.
B-F 500. Tanzkleid aus Chinatrepp oder Taft chagneant. Großes Ullstein-Schnittmuster in Bodfischgröße 14 und 16 mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.
B-F 593. Einfaches Feittkleid mit Hohlnähten u. Bandgürtel. Großes Ullstein-Schnittmuster in Bodfischgröße 14, 15, 16 mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.

Ullstein-Schnittmuster
Zu beziehen durch Fr. Häubler, Buchhandlung Calw.
Gedenket der Not in Oberschlesien.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Am Freitag, den 14. ds. Mts. vormittags von 8-11 Uhr werden auf dem Rathaus Zimmer Nr. 12 an diejenigen Personen, welche auf Grund von einem ärztlichen Zeugnis Weizmehl erhalten, für die Zeit vom 16. Okt. bis 30. November 1921 6 Brotkarten in Weizmehlkarten umgetauscht.

Stadigemeinde Calw.
Es besteht Anlaß, wiederholt auf die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 5. November 1874 hinzuweisen, wonach die Besitzer von **großen od. rauflustigen Hunden** verpflichtet sind, den Tieren außerhalb der Wohnung oder des geschlossenen Hofraums einen das Beißen verhindernden **Maulkorb anzulegen.** Verstöße dagegen werden auf Grund des Art. 22 des Polizeistrafgesetzes vom 27. Dezember 1871 bestraft. Außerdem ist die Polizei berechtigt bössartige Hunde töten zu lassen.
Den 11. Oktober 1921.
Stadtschultheißenamt: Gänner.

Zur Kirchweih
empfehlen wir
Mehl, Gewürze, Schmalz, u. alle anderen Rosinen, Badartikel Spar- und Consumverein.

Polierte Stühle
empfiehlt
Christian Buhl
Lederstraße 157

Bruchleidende
bedürfen keiner Operation, oder eines lästigen Federbandes, wenn Sie mein Bruchband „Ideal“ ohne Feder, eigenes System, oder das Bruchband Kolumbus D.R.P. tragen, das Beste was existiert, rutscht und drückt nicht, Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel- u. Vordringeln, Geradhalter usw. Langjährige Erfahrung. Reelle Bedienung. Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in Calw Samstag 15. Oktober von 8-11^{1/2} Uhr morgens im Hotel „Waldhorn“, in Weilderstadt mittags von 1-4 Uhr, Hotel „Post“, Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstr. 46.

Diese Woche treffen einige Waggon **Speise-Kartoffeln** ein u. nehmen Bestellungen noch entgegen **Geb. Schlanderer Unterreichenbach**
Fernsprecher 2.

Tüchtige, selbständige Kastenmacher Wagner und Schreiner
für Karosseriebau, sucht zum sofortigen Eintritt.
Daimler-Motoren-Gesellschaft Werk Sindelfingen.

Einen erstklassigen, 20 Monate alten **Zuchtfarren**
Hellrotfleck, hat unter jeder Garantie zu verkaufen.
Bäcker Schöninger, Dornmühl St. Unterreichenbach.

Unterhaugstett, den 12. Oktober 1921.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrubt teilen wir Verwandten und Bekannten mit, daß unsere liebe Tochter und Schwester
Räthe Holzäpfel
nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.
Die trauernde **Familie Gottlieb Holzäpfel.**
Beerdigung Donnerstag Nachmittag 2 Uhr.

Stammheim, den 12. Oktober 1921.
Trauer-Anzeige.

Tieferschüttert teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Karl Strinz
bei dem Unglück in Oppau unerwartet von uns gerissen wurde.
Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Strinz.
Beerdigung Donnerstag Nachmittag 2 Uhr in Stammheim.

Zahn-Atelier F. Lück
Bad Liebenzell
vom 11. bis einschl. 15. ds. Mts. **geschlossen.**

Zur Pflege der Fußböden empfehle **la Fußbodenöl** geruchfrei und staubbindend, **ff. Harttrockenglanzöl**, sowie **Fußbodenlacke** in verschied. Tönen
W. Wohlheber, Liebenzell.

Ata
Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & C^{ie} Düsseldorf.

Dachshund, schwarz an Füßen, Hals- und Schwanzspitze weiße Flecken, entlaufen.
Wiederbringer erhält gute Belohnung.
S. Kramm, Unterlengenhardt bei Liebenzell, Fernspr. 29.

300 Mark Belohnung!
Verlaufen
hat sich mein rehbrauner, weiblicher **Dachshund**


auf den Namen Liefel hörend zwischen Station Ronndachtal u. Liebenzell Waldweg. Der Bringer erhält 300 Mark Belohnung und Ersatz der Auslagen. Bitte um telefonischen Anruf **E. Notzheim, Pforsheim, Durlacherstraße 67.**
Fernsprecher 229.

Pfannkuch & Co.
Zur **Kirchweih** empfehlen:
Gemüse-Nudeln Bfd. 6.— Mk.
Eier-Nudeln Bfd. 8.— Mk.

Maccaroni italienische Griesware Bfd. 8.50 Mk.
Sago
Griinkern
Graupen
Reis.

Pfannkuch & Co.
a. m. b. H.
In Hirsau möbliertes, heizbares **Zimmer** auf 1. November zu vermieten. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Verkaufe 6 St. 6 Wochen alte schöne, **Wolfs-Hunde.**
Eugen Kimmerte, Schlosser, Gärtringen.

Friedrich Funk.
hat zu verkaufen. **Franz Barth, Sägewerk, Calmbach.**
Liebelsberg.
Am Donnerstag, den 13. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr verkaufe ich meine **Milch-Schweine**

Hausgerät zu verkaufen!

Kaffee- u. Speisehaus Calw.
Poststraße 132. Ob. Marktplatz.
Geöffnet von morgens 7 bis abends 9 Uhr.
Inhaber: Fräulein W. J. f.
Bürgerlicher Mittags- und Abendisch, warme u. kalte Speisen zu jeder Tageszeit, Kaffee, Tee, Schokolade, sowie alkoholfreie Getränke.
Mäßige Preisberechnung.
Geeignete Räumlichkeiten zur Abhaltung von Versammlungen, Lehrkursen, Kaffeekränzchen, Familienabenden usw.
Gelegenheit für die Schüler zur Fertigung ihrer Schulaufgaben.

LEINKUCHEN-MEHL
SESAMKUCHEN-MEHL
REPSKUCHEN-MEHL
zu Tagespreisen
Alfred Reclam Nagold
Oelsamen-Lohnschlägerei
beim Haupt-Bahnhof. Fernspr. 101.

Frisches Silberkraut
empfiehlt
Spar- u. Consumverein.
Gründlichen Einzel-Unterricht in **Klavier u. Französisch** von junger Dame gesucht. Ausführl. Angebote mit Preis erbeten unt. E. W. 238 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
Ein tüchtiger Steinhauer kann sofort eintreten. Schulhausneubau Liebenzell.
Dr. Entleb's **Franzbranntwein** extra! stark mit Arnika ist d. beste Einreibungsmittel zur Stärkung der Muskeln und Sehnen. Zu haben bei: Huthsteiner & Kistowsky, Ritter-Drog.

Zwei kräftige Sohlen

hat zu verkaufen. **Franz Barth, Sägewerk, Calmbach.**

Lüchtiges Mädchen
das schon gedient hat auf 1. oder 15. November **gesucht.**
Von wem sagt die Geschäftsstelle ds. Bl. und das Arbeitsamt.

Hier!
In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig Hausgerät zu verkaufen!

Friedrich Funk.

Inserate f. d. Samstagsnummer
bitten wir rechtzeitig aufzugeben.